
Schafft den Konsens!

Gespräch mit Ignatz Bubis über Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus*

Ignatz Bubis, geb. 1927 in Breslau, 1935 Flucht vor den Nationalsozialisten nach Deblin/Polen. 1945 ging Bubis, der mehrere nationalsozialistische Arbeitslager überlebte, zunächst nach Berlin und 1954 nach Frankfurt, wo er als Edelmetall- und Immobilienhändler lebt. 1983 wurde er zum Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt gewählt und 1989 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, dessen Vorsitz er im September 1992 übernahm.

Frage: Herr Bubis, finden Sie, daß der Staat, daß Behörden und Ämter mit dem anwachsenden Rechtsextremismus in Deutschland richtig umgehen und richtig darauf reagieren?

Ignatz Bubis: Ich weiß es nicht, ich tue mich schwer mit der Beurteilung. Mein Gefühl ist, daß in allen Parteien viel zu viel populistisches Denken vorhanden ist, daß sie nach dem Motto handeln: Die Bevölkerung, jedenfalls die Mehrheit, erwartet das und das von uns, und wenn wir das nicht machen, verlieren wir Wähler. Irgendwo ist das eine Schizophrenie, denn gleichzeitig verliert man dabei ja auch solche Wähler, die eigentlich zu einem passen und auf die man Jahrzehnte gebaut hat.

Alles in allem ist die Stimmung im Lande miserabel. Es beunruhigt mich, wie viele Menschen denken. Ich glaube, dagegen würde ein konsequentes Handeln der Politik nutzen. Dazu bedarf es eines Konsenses zwischen demokratischen Parteien und Regierung. Vielleicht ist es an der Zeit für eine überparteiliche, parteienübergreifende Verantwortung. Ich fürchte, daß wir sonst in Weimarer Verhältnisse hineinrutschen könnten.

Nehmen wir das als Stichwort: Am Ende der Weimarer Republik hat man sich einem „starken Mann“ an den Hals geworfen. Den starken Mann sieht man heute nicht, aber die Gefahr...

... ist immer gegeben. Damals hat der starke Mann starke Worte gesprochen, aber es war nicht so, daß jeder von Anfang an wußte, was er wollte, obwohl bei näherem Hinsehen man es hätte besser wissen müssen. Er hat sich entwickelt. Die Zerrissenheit der demokratischen Parteien, ihr ständiger Streit, haben ihn erheblich begünstigt. Das gilt es heute in erster Linie zu vermeiden. Ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Parteien scheint mir im Moment das Allernotwendigste zu sein. Dabei müssen alle Kompromisse machen, aber

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 14. November 1992 in Frankfurt/M. Die Frage im Zusammenhang mit den Morden in Mölln wurde nachträglich gestellt.

Kompromisse zwischen demokratischen Parteien sind mir lieber als eine Zerrissenheit, bei der man nicht weiß, wohin sie führen wird. Nutznießer können eigentlich nur die Rechtsradikalen sein.

Vor kurzem hat es eine riesige Demonstration in Berlin gegeben, die gezeigt hat, daß viele Menschen gegen Ausländerhaß und Gewalt sind. Gleichzeitig ist das Bild dieser Kundgebung von einigen wenigen so verfälscht worden, daß man sie kaum als Symbol nutzen kann. Sehen Sie das auch so?

Hier haben die Medien leider eine etwas unglückliche Rolle gespielt, indem sie dreihundert Randalierer in den Vordergrund gestellt und dabei die Dreihunderttausend nicht genügend ins Bild gebracht haben. Inzwischen nimmt man diese Dreihunderttausend mehr und mehr wahr. Und es waren ja nicht nur diese Dreihunderttausend - an den nächsten Tagen gab es wiederum große Demonstrationen. Das macht mir ein bißchen Mut. Die Frage ist, ob es darüber hinaus immer noch eine schweigende Mehrheit gibt. Es kann kein Zweifel daran sein, daß ein gewisser Ruck durch die Republik gegangen ist, und das sollten die demokratischen Parteien zu einem Konsens nutzen.

Noch einmal zurück zur Weimarer Republik: Die Nationalsozialisten haben in den zwanziger und dreißiger Jahren den politischen Durchbruch nicht zuletzt geschafft, weil sie von gesellschaftlich tonangebenden Kreisen, von Eliten, von Intellektuellen, mehr und mehr toleriert, akzeptiert und dann sogar unterstützt worden sind. Sehen Sie heute ähnliche Tendenzen?

Solche Tendenzen sehe ich nicht. Die konservativen Parteien würden sich heute nicht dazu hergeben, Rechtsradikalismus zu unterstützen. Eine Gefahr liegt dagegen im populistischen Denken. Ich weiß nicht, wohin das die Parteien führen kann, was am Ende stehen wird. Ich hoffe sehr, daß es zu einem Konsens kommt, denn ohne diesen Konsens wird alles den Bach hinuntergehen.

Sehen wir einmal von den konservativen Parteien ab und denken an intellektuelle Meinungs- und Wortführer. In Weimar haben sie die Nazis mehr und mehr hoffähig gemacht. Als sie zum Beispiel an den Universitäten Fuß fassen konnten, hatten sie eine ganz andere Reputation, waren nicht mehr nur die brutalen SA-Schläger. Befürchten Sie, daß die Membranen heute wieder ähnlich durchlässig werden könnten?

Wenn überhaupt, handelt es sich hier nur um eine kleine Gruppierung. Sicher, der Historikerstreit trägt Früchte. Das Relativieren, das dabei propagiert wurde, setzt sich mehr und mehr durch. Auch die rechtsradikalen Parteien bestreiten im großen und ganzen die Vergangenheit nicht mehr, sie fangen aber an zu relativieren, sie betonen positive Aspekte der damaligen unseligen Zeit ganz besonders: die Autobahnen, die Verbrechensbekämpfung zum Beispiel. Das verdichtet sich in dem Spruch: „Bei Adolf wäre das nicht möglich gewesen“. Vielen Menschen ist die Demokratie etwas so Selbstverständliches

geworden, daß sie vielleicht meinen, auf das eine oder andere verzichten zu können. Das könnte ganz schlimme Folgen haben.

Im Hinblick auf die Weimarer Republik gibt es auch das Wort von der Justiz, die auf dem rechten Auge blind war. Sehen Sie heute ähnliche Gefahren?

Nein, aber die Justiz nimmt die rechtsradikalen Ausschreitungen nicht ernst genug. Zu RAF-Zeiten hat sie anders gehandelt. Im Moment ist die Justiz nach meiner Einschätzung gerade bei Jugendlichen - und es handelt sich ja überwiegend um junge Leute - zu nachsichtig und bestraft nicht ernsthaft. Ich meine, daß die Justiz damit einen Fehler macht, weil Strafe ja auch abschrecken soll. Und mit diesen bis jetzt verhängten Strafen kann man niemanden abschrecken. Potsdam ist da eine rühmliche Ausnahme. Es ist Sache der Justiz, wie sie Dinge auslegt: Wenn Brandsätze in Häuser geworfen werden, dann ist das nicht Hausfriedensbruch, sondern Brandstiftung. Wenn sich Menschen in diesen Häusern befinden, dann ist das versuchter Mord. Und in Mölln ist das leider zur Gewißheit geworden. Wenn die Verbrechen als Brandstiftung, versuchter Mord oder Totschlag geahndet werden, dann ergeben sich andere Urteile als bei Landfriedensbruch. Selbst beim Landfriedensbruch gibt es drei Haftgründe: Verdunkelungsgefahr, Fluchtgefahr und Wiederholungsgefahr. Die Richter verneinen in der Regel Flucht- und Verdunkelungsgefahr, aber sie beachten nach meiner Meinung nicht die Wiederholungsgefahr. Man kann davon ausgehen, daß die jungen Leute, wenn sie entlassen werden, am nächsten oder übernächsten Tag am gleichen Ort oder an einem anderen Ort weitermachen, denn die Dinge wiederholen sich inzwischen täglich. Darin liegen zwei Gefahren: Es kann sich eine Gewöhnungsmentalität einstellen. Wenn jeden Tag so etwas passiert, und sei es noch so schlimm, beunruhigt das die Menschen nach einer gewissen Zeit nicht mehr sehr. Das kann in eine schlimme Sache münden. Das zweite ist die mangelnde Abschreckung: Wenn man potentielle Täter nicht abschreckt, dann ist die Wiederholungsgefahr groß.

In diesem Jahr hat es im rechtsradikalen Zusammenhang schon 16 Morde gegeben. Ist darüber eigentlich hinreichend berichtet worden von einer Presse, die ansonsten keine Sensation ausläßt? Und dann noch eine andere Frage: Was spielt sich eigentlich an Rechtsradikalismus in der Bundeswehr ab? Auch darüber wird offensichtlich nur zögerlich berichtet.

Über die von Ihnen erwähnten 16 Morde ist berichtet worden. Mit den Vorgängen bei der Bundeswehr habe ich ein Problem. Daß es auch in der Bundeswehr Rechtsradikale und Skinheads gibt, ist nicht überraschend. Aber wenn es zutreffen sollte, daß die Bundeswehr Übungsplätze für Rechtsradikale zur Verfügung gestellt hat, dann wäre das eine Katastrophe und müßte Konsequenzen nach sich ziehen.

Müßte man die Angelegenheit nicht noch ernster nehmen, wenn es etwa im Offizierskorps Tendenzen gäbe, die so etwas unterstützten?

Es gab ja einmal das löbliche Wort vom Bürger in Uniform. Das ist ehrenwert, nur kürzlich habe ich wieder gelesen, daß ein Professor jungen Bundeswehrsoldaten seit vier Jahren aus „Mein Kampf“ vorlesen soll. Das soll angeblich abschreckend wirken. Ich bin mir da nicht so sicher. Wie gesagt: Ich kenne die Einzelheiten nicht, bin allerdings überrascht, daß es erst nach vier Jahren publik geworden ist. Offensichtlich haben die Betroffenen, die Zuhörer und Mitwisser, das so hingegenommen.

Jedenfalls ist die Erziehung eine der wichtigsten Aufgaben der Bundeswehr. Früher sprach man von der Armee als „Schule der Nation“. Es kommt natürlich darauf an, was und in welche Richtung man da lernt. Ich weiß nicht, ob dem bisher genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Werden Sie denn da bei den entsprechenden Stellen genauer nachfragen?

Aber natürlich.

Derselbe Maßstab müßte ja auch für die Polizei gelten. Erschreckt Sie das, was man an Berichten über Verbindungen zwischen rechtsradikaler Szene und Polizei gelesen hat?

Die Gewerkschaft der Polizei bestreitet das ja wohl. Aber hier hat gerade die Gewerkschaft eine besondere Aufgabe, auch eine Erziehungsaufgabe, ebenso wie die Vorgesetzten. Daß eine Polizei immer stärker für Recht und Ordnung einsteht als der Durchschnitt der Bevölkerung, ist normal. Entscheidend ist dabei, was unter Recht und Ordnung verstanden wird: demokratisches Recht und demokratische Ordnung oder „law and order“ beziehungsweise „Ausländer raus“.

Gerade im Fall von Rostock konnte man den Eindruck haben, daß die Polizei die Brandstifter und Mordbuben hat gewähren lassen.

Eindeutig. Inzwischen wird auch nicht mehr bestritten, daß die Polizei sich zurückgezogen hat, als die Radikalen vorrückten. Das haben mir die Verantwortlichen in Rostock bestätigt. Aber mehr noch: Es sind dort Buden aufgestellt worden, und es wurde Alkohol ausgeschenkt, als ob Kirmes wäre.

Rechtsextremistische und nationalsozialistische Vorstellungen finden insbesondere bei jungen Männern und männlichen Jugendlichen immer mehr Anhänger. Auch in den zwanziger und dreißiger Jahren hat die „nationalsozialistische Bewegung“ ihren größten Reiz auf diesen Personenkreis ausgeübt. Steckt dann - in Verbindung mit dem unvermeidlichen Generationenwechsel - nicht eine riesige Gefahr?

Diese Gefahr halte ich für sehr groß. Jugendliche neigen eben zur Gruppenbildung und zu gemeinsamen Aktionen. Der Einfluß der politischen Parteien auf junge Menschen ist erheblich zurückgegangen. Auch deren Wahlbeteiligung sinkt. Der Einfluß von Kirchen und Gewerkschaften hat ebenfalls enorm abge-

nommen. Insgesamt habe ich das Gefühl, daß bisherige ethische Werte im Schwinden sind. Man merkt es an der Einstellung zur Gewalt: nicht nur die Gewalt gegen Ausländer nimmt zu - auch die gegen Kinder, gegen Frauen, gegen Gebrechliche, gegen Behinderte. Das sind ganz schlimme Zeichen in unserer Gesellschaft. Ich weiß dagegen kein Rezept. Die verdienstvollen Aktivitäten vieler gesellschaftlicher Gruppen dagegen - jetzt haben sich auch die Arbeitgeber eingeschaltet - finden jedenfalls bei bestimmten Menschen, die zu Gewalt neigen, keinen Widerhall. Wir müssen deshalb nach meinem Dafürhalten Lösungen im Sinne einer wehrhaften Demokratie finden.

Woher rührt der Werteverfall? Spielen die Medien dabei eine Hauptrolle?

Das Fernsehen spielt eine Schlüsselrolle, denn da gucken viele noch hin. Aber sie sehen sich eben vor allem Gewaltdarstellungen an — und die können nicht übel genug sein. Wenn heute Gewaltvideos indiziert werden sollen, dann muß es sich schon um ganz, ganz schlimme Dinge handeln, schlimm reicht nicht mehr. Das sind die Nachteile unserer freiheitlichen Ordnung.

Beim Streit um den Artikel 16 Grundgesetz (GG) ist ein Konsens in dem Sinne, daß das bisherige Asylrecht nicht angetastet wird, kaum denkbar-oder doch?

Die Politik hat den Fehler gemacht, jahrelang darüber zu diskutieren, ohne daß sich tatsächlich etwas bewegt hat - und es sollte sich ja wohl auch nichts bewegen. Erst als die Gewalttaten angingen, wurde ernsthafte diskutiert. Selbst wenn man den Artikel 16 GG ändert, wird dies nicht viel bewirken: Dieses Waterloo kommt noch. Dennoch wird es eine Änderung, einen Zusatz geben. Vermutlich kann die SPD gar nicht mehr anders, wenn sie nicht in eine Ecke gestellt werden will, so daß sie die ganze Verantwortung dafür übernehmen soll, für das, was im Lande vorgeht. Ich halte die Gefahr für ziemlich groß, daß die CDU/CSU, und darauf deutet vieles hin, der SPD vorwerfen wird, sie habe sich nicht weit genug bewegt. Die Union wird sich zwar nicht trauen, die Abschaffung des Artikels 16 zu verlangen, aber besonders die CSU wird möglicherweise das Thema über ein Jahr oder länger diskutieren und mit überzogenen Forderungen kommen, so daß es im Wahlkampf genutzt werden kann. Das wäre ganz schlimm. Deshalb muß, wenn die SPD sich bewegen sollte, auch die Union von ihren Maximalforderungen abgehen und den Konsens suchen. Damit meine ich nicht einen Konsens auf dem niedrigsten, sondern auf dem höchsten Niveau - also ohne Einschränkung des Grundrechts auf Asyl für politisch, rassistisch, religiös Verfolgte. Noch vertreten das alle Parteien und die Mehrheit der Bevölkerung, so daß ein solcher Kompromiß möglich erscheint.

Nach meiner Meinung hätte man die Asylbewerberflut viel früher eindämmen können, wenn man aussichtslose Bewerbungen und offensichtlichen Mißbrauch konsequent mit schneller Ausweisung beantwortet hätte. Das wäre mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möglich gewesen. Der Bundestag hat immerhin ein Beschleunigungsgesetz beschlossen, aber es wird

überhaupt nicht angewendet: Als ob man es darauf angelegt hätte, daß es zum Knall kommt. Ein solcher Knall kann schlimme Folgen haben.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß das Asylverfahren mit Fällen belastet ist, auf die es nicht zutrifft: etwa Kriegsflüchtlinge oder Wohlstandsuchende. Kann man dafür ebenfalls konsensuelle Regelungen finden?

Für Kriegsflüchtlinge ist Hilfe auf Zeit oder ähnliches notwendig. Das ist ein Thema für sich.

Zum Thema Einwanderung ist generell zu sagen, daß wir bislang kein Einwanderungsland waren, es aber langsam werden. Es muß eben eine klare Trennung geben zwischen dem, was Asyl ist, und dem, was Einwanderung ist. Bei der Einwanderung wird es nicht ohne eine Quotierung gehen. Viele Gegner der Einwanderung und Zuwanderung von Ausländern übersehen, daß es in Deutschland inzwischen viele Berufe gibt, die kaum ein Deutscher ausüben will. Wir müssen auch deshalb ein Einwanderungsgesetz auf die Beine stellen, weil Arbeitskräfte gebraucht werden. Die Industrie wird sie - vielleicht nicht in diesem oder im nächsten Jahr - eines Tages brauchen. Aber ich bin mir darüber im klaren, daß es sehr lange dauern wird, bis so ein Gesetz verabschiedet werden kann.

Selbst wenn es möglich sein wird, den Artikel 16 für politisch, religiös und rassistisch Verfolgte zu erhalten und für den wirtschaftlichen Bereich Einwanderungsquoten einzuführen: Stehen wir nicht trotzdem vor der Situation, daß mehr Menschen zu uns kommen wollen, als wir aufnehmen wollen oder können?

Ganz sicher. Aber wenn jemand als Einwanderer kommen will, habe ich keine Probleme, ihm „nein“ zu sagen. Kommt jemand dagegen als Asylbewerber, dann habe ich Probleme. Die Amerikaner praktizieren das Quotensystem bei der Einwanderung seit Jahrzehnten. Amerika als klassisches Einwandererland hat sich irgendwann zu dieser Quotierung entscheiden müssen und mit den Quoten natürlich auch Politik gemacht. Das alles birgt Risiken in sich, aber ich sehe eigentlich keinen anderen praktikablen Weg, zumal eine europäische Lösung sich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinziehen dürfte. Als Alternative bietet sich eine Ergänzung des Artikels 116 des Grundgesetzes an, so daß in Deutschland Geborene einen Anspruch auf Einbürgerung hätten, wie das zum Beispiel in den USA oder Frankreich der Fall ist.

In Deutschland nehmen die Schändungen jüdischer Friedhöfe, judenfeindliche Schmierereien und Bemerkungen - Sie wissen es aus eigener Erfahrung - zu. Ist der Antisemitismus in diesem Land mit seiner besonderen Geschichte nicht überwunden?

Nein, er war es nie. Der Antisemitismus in diesem Land hat nie aufgehört zu existieren: „Die Juden sollen Deutschland verlassen, sollen gehen, wohin sie

wollen, nur nicht hier sein; jetzt gibt es den Staat Israel, ein Land, in das sie ungehindert einwandern können; mögen sie also dorthin gehen", ist eine weitverbreitete Meinung. Das war auch der Tenor - nebenbei gesagt - dieses Herrn Schmidt aus Rostock. Gleichzeitig gab es das schlechte Gewissen wegen des Holocaust. Sie konnten ihren Antisemitismus nicht mehr so offen ausleben. So paradox es klingt - die Antisemiten können den Juden Auschwitz nicht verzeihen, weil sie damit in eine Negativposition gebracht worden sind. Also werden die Juden für Auschwitz verantwortlich gemacht - die Opfer. Langsam schwindet diese Zurückhaltung. Ich merke es an den Zuschriften, die ich bekomme. Früher waren die antisemitischen Zuschriften, die ich bekam, anonym; heute ist in neun von zehn Briefen der Absender angegeben. Ein Herr Schmidt hätte sich vor zehn Jahren nicht getraut, die Frage so zu stellen, heute traut er sich. Nicht, daß er früher anders gedacht hätte, der hat schon immer so gedacht, nur hat man es nicht so offen zur Schau getragen. Vor allem wird der Jude in die gleiche Kategorie geworfen: Jeder Jude ist für einen Teil unserer Bevölkerung entweder ein Israeli, ergo ein Ausländer oder ein Fremder. Er kommt in den gleichen Topf. Ich sage nicht, daß das schlimmer ist oder weniger schlimm als Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit. Es gehört für mich alles in die gleiche Kategorie. Ich bin gegen jede Art von Fremdenhaß, ob nun gegen die eigenen Juden oder gegen andere.

Ist das nicht erstaunlich angesichts der Tatsache, daß es in Deutschland kaum noch Juden gibt?

Der Antisemitismus, und das beweist sich immer wieder, bedarf der Juden nicht. Wie können in einem Land von achtzig Millionen Bürgern vierzigtausend Juden an allem schuld sein? Zieht man von diesen vierzigtausend Kinder, Alte, Sozialhilfeempfänger ab, bleiben ein paar tausend Juden übrig, die angeblich diese Macht haben sollen. Denn das Motiv der Antisemiten ist ja unter anderem die Unterstellung, daß Juden Politik, Presse, Banken und Wirtschaft beherrschen. Daneben gibt es natürlich den christlichen Antijudaismus, der allerdings stark zurückgegangen ist.

Sehen Sie hier eine Mitverantwortung der Politik?

Nein, die Haltung der Regierenden war stets eindeutig, ganz gleich, welche Regierung nach dem Krieg an der Macht war. Mit den demokratischen politischen Parteien, mit den jeweiligen Regierungen, Landesregierungen, hat es auf diesem Gebiet nie Probleme gegeben.

Die Presse, die Pädagogik, die Geschichtswissenschaft, die Medien haben in den vergangenen vierzig Jahren, zumindest in Westdeutschland, viel Aufklärungsarbeit geleistet oder haben es zumindest versucht. Hat das nichts gefruchtet?

Es gibt bestimmte Wahrheiten, die gewisse Menschen nicht gerne wahrnehmen.

Hat sich durch die Vereinigung Deutschlands eine neue Qualität im Hinblick auf einen wiederaufkeimenden Nationalismus mit all den gefährlichen Folgen, die wir kennen, entwickelt?

Ich habe das ursprünglich nicht so gesehen. Ich war für die deutsche Einheit, habe sie begrüßt. Ich sah auch nicht die Gefahr eines neuen Nationalismus darin. Heute bin ich mir nicht mehr so sicher, ob nicht doch da und dort - im Westen, nicht im Osten - dieser Nationalismus doch wieder aufkommt nach dem Motto: Wir sind endgültig unabhängig, es gibt kein Besatzungsstatut mehr, wir sind souverän, wirtschaftlich stehen wir einmalig da in Europa und in der Welt. Politisch sind wir wieder wer, und wir müssen uns nicht alles bieten lassen, was uns das Ausland vorgibt. Wir müssen uns auch nicht mehr alles von Ausländern bieten lassen, die hierher kommen, uns vielleicht noch als Nazis ansehen, unsere Hilfen aber gerne annehmen. Aber geliebt werden wir auch nicht - was stimmt, aus welchen Gründen auch immer. Daß daraus ein gewisser Nationalismus erwächst, ergibt sich von selbst.

Ich wünsche mir deshalb, daß Europa ganz schnell kommt. Ich verspreche mir davon doch Wirkung gegen den Nationalismus. Der Widerstand gegen Europa kommt hauptsächlich aus dem nationalen Lager, und die Zahl der Antieuropäer ist viel größer als der Anhang der rechtsradikalen Parteien. Deshalb ist der Widerstand auch so stark und hat eine gewisse nationalistische Tendenz. Man darf das nicht mit Patriotismus verwechseln. Ich habe keine Probleme mit Patriotismus, aber ich habe große Probleme mit Nationalismus.

Die Morde an drei Türkinnen in Mölln sind ein Zeichen für eine weitere Eskalation der Gewalt von rechts. Reicht die Reaktion von Politik, Justiz, Öffentlichkeit darauf aus?

Ich glaube, daß die Politik und der Staat endlich anfangen zu reagieren. Damit meine ich zum Beispiel das Verbot der Nationalen Front.